

Forscher kritisieren die aktuelle Klimapolitik

Wissenschaftler schlagen Alarm: Bei Klimaforschung wird gekürzt, während Milliarden in klimaschädliche Subventionen fließen.

WIEN „Kahlschlag“, „grob fahrlässiges Handeln der Politik“ – wenn sonst nüchtern argumentierende Naturwissenschaftler, Ökonomen und Mediziner derart deutliche Worte wählen, sollte man aufhorchen. 650 Forschende aus den Bereichen Klimawandel und Klimawandelanpassung warnen in einem offenen Brief an die Bundesregierung vor einer „schleichenden Aushöhlung der Klimapolitik und der Klimaforschung“.

Der Meteorologe Simon Tschannett, Mitunterzeichner des Schreibens, verweist auf Zahlen: Allein das Klimaforschungsprogramm (ACRP) des Klima- und Energiefonds wurde von 2024 auf 2025 von fünf auf zwei Millionen Euro gekürzt. „Diese Forschungsergebnisse sollen aber Basis politischer Entscheidungen sein.“ Zudem entfallen Programme zur praktischen Implementierung von Anpassungs- und Schutzmaßnahmen.

Insgesamt bekam der Klimafonds im Vorjahr fast 380 Millionen Euro weniger, was einer Förderreduktion um mehr als die Hälfte gleichkommt. Zugleich fließen immer noch fünf Milliarden Euro in klimaschädliche Subventionen. „Das Verhältnis passt nicht“, sagt Tschannett. Im Finanzministerium arbeitet derzeit eine Gruppe unter Beteiligung von Wissenschaftlern an der Evaluierung dieser klimaschädlichen Subventionen, zu denen etwa das Dieselprivileg oder die Pendlerpauschale zählt; Ergebnisse werden bis Sommer erwartet.

Irritation löste auch aus, dass das Budget für 2025 erst am 29. Dezember 2025 publiziert wurde. „Neben den starken Kürzungen fehlt der Wissenschaft damit die Planungssicherheit – und das zu einem Zeit-



Zuletzt gab es weniger Geld für Klimaforschung. Klimaschädliche Subventionen blieben hingegen unangetastet. APA



„Das alles passiert zu einem Zeitpunkt, an dem die Klimakrise so richtig Fahrt aufnimmt.“

Simon Tschannett
Meteorologe

punkt, an dem die Klimakrise so richtig Fahrt aufnimmt“, sagt Tschannett. Auch das Klimagesetz bleibt ausständig: „Das ist zwar ein anderer Baustein, aber ein wichtiger, wenn es darum geht, wie es bei CO₂-Einsparung oder bei der Anpassung weitergeht.“

Neos und SPÖ mit kritischen Tönen

In der Dreierregierung aus ÖVP, SPÖ und Neos gibt es unterschiedliche Töne. Bundeskanzler Christian Stocker (ÖVP) erklärte: „Wir wollen die wirtschaftliche Stärke nicht gegen Umwelt- und Klimaschutz ausspielen.“ Klimaminister Norbert Totschnig (ÖVP) betonte schriftlich, man sei sich „des Handlungsauftrags in der Klimapolitik“ bewusst. Neos-Umweltsprecher Michael Bernhard sieht Nachholbedarf und fordert neue Prioritäten. Ö1 sagte er: „Wir sehen, dass beim Umwelt- und Landwirtschaftsministerium sehr klare Sparmaßnahmen im Bereich der Umwelt waren und keinerlei Einsparungen im Bereich der Landwirtschaft.“ Auch SPÖ-Umweltsprecherin Julia Herr nimmt den Appell ernst und pocht auf das Klimagesetz. Grünen-Che-

fin Leonore Gewessler sprach von einem „Abrissbagger im Bereich Klimaschutz“.

Klimaforschung „kein Luxus“

Verfasst wurde der Brief vom Vorstand des Climate Change Centre Austria (CCCA) und von Scientists for Future Austria (S4F) unterstützt. Darin wird auf die paradoxe Lage verwiesen, dass vor dem politischen Kurs der USA gewarnt werde, während Ähnliches hierzulande geschehe. Nicht nur unter US-Präsident Donald Trump komme das unbequeme Thema zu kurz, auch in Österreich werde es „durch Verzögerungen, Budgetkürzungen, Prioritätenverschiebungen und politisches Wegsehen“ marginalisiert. „Was derzeit in Österreich praktiziert wird, ist nicht Sparsamkeit, sondern grob fahrlässiges politisches Handeln angesichts bekannter Risiken, absehbarer Schäden und belegbarer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Folgekosten“, heißt es. Einschlägige Forschungen seien „kein Luxus“, sondern „zentrale Voraussetzungen für Sicherheit, Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt“.

JULIA SCHILLY-POLOZANI

julia.schilly@vn.at
05572 501-490



EINFACH
MEHR
ERFAHREN

<https://VN.AT/supdpb>



Kommentar
Christian Rainer

Österreich im Frackspiegel

Vor zwei Tagen hat Wien wieder Opernball gespielt: „Alles Walzer“ als Staatsform, live übertragen wie eine Wetterwarnung. Zwischen Bregenz und der Staatsoper liegen 638 Kilometer – und doch reicht ein Kameraschwenk, um auch am Bodensee zu wissen, wie die Republik gelaunt ist. Im Sommer liefern die Bregenzer Festspiele das Seebühnen-Schaulaufen im Abendrot, im Winter liefert Wien das Logen-Schaulaufen im Kronleuchterlicht. Zwei Bühnen, ein Land: Kultur als Kulisse, Publikum als Wahrheitstest.

Der Opernball ist nicht nur abgehoben. Er ist schlimmer: Er ist präzise. Er kartografiert Österreich in Echtzeit. Drinnen der Spendenadel, die Politprominenz, die Wirtschaftsfräcke, die Medienmikrofone, die Künstler als Feigenblatt – geschneigelt bis zur Selbstparodie. Dazwischen Paare, die ein Jahr lang sparen, weil sie einmal „dabei“ sein wollen, als wäre der Eintritt die feierliche Bestätigung, dass man existiert. Edelgschnas als Eintrittskarte ins eigene Selbstbild.

Die Preisspanne ist schon eine Gesellschaftslehre: Stehplatzräume auf der einen Seite; auf der anderen Logen, die mit Konsumation, Donation, Dinner davor und dem ganzen Ritualzubehör in die Nähe von 100.000 Euro rutschen können. Dazwischen das kleine, gemeine Detail: Auch das Würstel hat hier Rang, und der Champagner kennt die Klassen besser als jeder Soziologe. Das ist kein Skandal am Rand, das ist das System im Zentrum. Der Ball zeigt, wie wir es lieben, uns als Gleichheitsnation zu erzählen, während wir die Rangordnung wie eine Familienbibel hüten. Monarchistischer Prunk im roten Wien: Österreichs Lieblingswiderspruch.

Und die Medien? Sie tun, als wären sie Beobachter, dabei sind sie das zweite Parkett. Der Opernball ist für sie eine Jahresabrechnung in Pailletten: Wer sitzt wo, wer darf zu wem, wer wird übersehen, wer wird überfotografiert. Man spottet über die Falschheit und betreibt sie als National sport.

Heucheltheater, ja. Aber eben auch ein österreichischer Leistungssport der Zugehörigkeit: Man will dazugehören, selbst wenn es weh tut.

Für Staatsgäste und Auslandsbesucher bleibt dieses Ritual oft unübersetzbar. Galas kennen viele Länder. Aber diese Mischung aus Oper, Klassenfoto, Spendenpflicht und Nationalpsychologie – das gibt es so nirgendwo. Man sieht Menschen, die sich als „Volk“ verkleiden, und Eliten, die sich als „Tradition“ tarnen. Und alle tun so, als wäre das bloß Musik.

Draußen steht die zweite Republik und hält das Korrektiv hoch. Demonstrationen gehören seit Jahrzehnten zur Gegenchoreografie, früher schon – 1987 etwa gegen Franz Josef Strauß – und immer wieder als Erinnerung, dass Glanz politisch ist. Und Tradition ist hier nie unschuldig: Der Opernball wurde 1935 als staatstragende Inszenierung etabliert, 1939 zuletzt getanz, 1956 wiederbelebt. Selbst der Walzer hat bei uns Schatten im Takt.

Heuer hing über diesem Schattens ein Bildtitel, der passt wie ein Messer im Blumengesteck: „Schwarzer Samt, rote Seide“. Arnulf Rainer – mein Onkel, vor zwei Monaten gestorben – hatte ein Gemälde für Plakate, Programm und Charity zur Verfügung gestellt. Ein Titel wie Dresscode und Drohung zugleich. Ein Bild als gesellschaftlicher Spiegel und als Riss im Spiegel.

Vielleicht ist das die ehrlichste Opernball-Lesart: nicht das friedliche Fest, als das er sich verkauft, sondern eine glamouröse Vermischung der Republik. Ein Abend, an dem Österreich sich geschneigelt verstellt und dabei unabsichtlich die Wahrheit sagt. Wer tanzt mit wem – und wer bleibt, trotz allem „Alles Walzer“, draußen?



CHRISTIAN RAINER
christian.rainer@vn.at

Christian Rainer ist Journalist und Medienmanager. Er war 25 Jahre lang Chefredakteur und Herausgeber des Nachrichtenmagazins profil.

POLITIK IN KÜRZE

Zuspruch für Petition

WIEN Die Petition der Grünen für eine Erbschaftssteuer erhält nach deren Eigenangaben viel Zuspruch: Rund 10.000 Unterschriften wurden innerhalb von zwei Tagen gesammelt, berichtete Partei- und Klubchefin Leonore Gewessler am Freitag. Die Grünen wollen Erbschaften ab 1 Mill. Euro besteuern, mit progressiven Steuersätzen von 25, 30 und 35 Prozent. Für Eigenheime, Kleinbetriebe und Bauernhöfe soll es Ausnahmen geben.

Für Maßnahmen

VILLACH Anlässlich des bevorstehenden Jahrestages des islamistischen Terroranschlags in Villach hat Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) Maßnahmen auf EU-Ebene gegen Radikalisierung über Internet und soziale Medien sowie bessere Integration gefordert. In einer Aussendung am Freitag sagte Kaiser: „Der Schmerz und die



Peter Kaiser fordert anlässlich des Jahrestags Maßnahmen. APA/SCHERIAU

Trauer über diese abscheuliche Tat sitzen nach wie vor tief.“ Zum Jahrestag des Anschlags am Sonntag ist in Villach eine Gedenkmesse geplant. Am 15. Februar 2025 hatte ein 23-jähriger Syrer mitten in der Innenstadt gezielt auf Jugendliche und junge Männer eingestochen. Ein 14-jähriger starb, fünf Personen wurden teils schwer verletzt.

Pilnacek-Gutachten

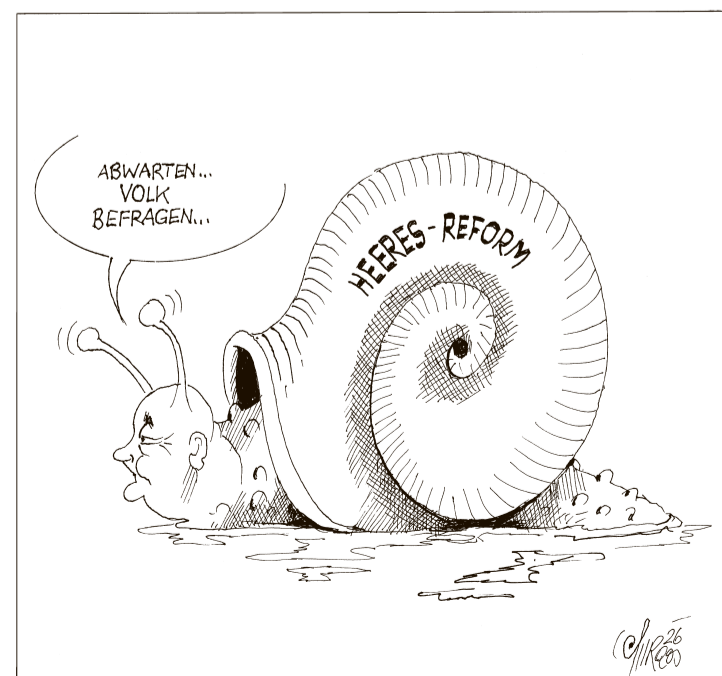
WIEN Ein am Freitag veröffentlichtes gerichtsmedizinisches Gutachten kommt zum Schluss, dass der ehemalige Justiz-Sektionschef Christian Pilnacek durch „suizidales Ertrinken“ ums Leben gekommen ist. Demnach gebe es „keine Anhaltspunkte für einen Unfalltod oder ein Tötungsdelikt“, hieß es in einer Aussendung der Oberstaatsanwaltschaft Wien. Die Ermittlungen zum Tod Pilnaceks sind derzeit Gegenstand eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Wieder im Dienst

WIEN Eine Wiener Polizistin und ein Wiener Polizist, die antisemitische und nationalsozialistische Chats verbreitet haben, sind wieder im Dienst. Die Beamtin war wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Laut ORF.at wurden die Suspendierungen aufgehoben.

KARIKATUR

Macht mächtig Tempo!



SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT